

30. Januar 2019

**Postulat**

von David Garcia Nuñez (AL)  
und Christina Schiller (AL)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der stadtärztliche Dienst im Ambulatorium Kanonengasse ein niederschwelliges, spezifisches Angebot für die psychiatrisch-psychotherapeutische Beratung und Behandlung von Sexarbeitenden aufbauen und betreiben kann. Das Angebot soll die spezifische mobile Situation von Sexarbeitenden berücksichtigen und neben klassischen Beratung- und Behandlungsformen auch digitale Therapiemöglichkeiten beinhalten.

**Begründung:**

Im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung sind Sexarbeitende häufiger von körperlichen und psychischen Gesundheitsproblemen betroffen. Im somatischen Bereich stellen sexuell übertragbare Infektionen für 80% der Sexarbeitenden ein Problem dar. Unerwünschte Schwangerschaften betreffen rund 15% der Sexarbeiter\_innen. Studien gehen ausserdem davon aus, dass ca. 50% der Sexarbeitenden unter einer unbehandelten psychischen Störung leiden, bei 60% liege eine Abhängigkeitsproblematik (Alkohol, i.v. Drogenkonsum) vor.

Gemäss Angaben des Stadtarztes verfügt der stadtärztliche Dienst aktuell über eine spezifische Infrastruktur (Ambulatorium Kanonengasse), in deren Rahmen die somatischen Probleme von Sexarbeitenden spezifisch abgeklärt und behandelt werden können. Ein entsprechendes Angebot, im welchem die psychischen Probleme dieser Bevölkerungsgruppe angegangen werden könnten, existiert allerdings nicht. Ebenso verfügen die kantonalen Institutionen nicht über die spezifische (sexual-)therapeutische Expertise. Die letzte entsprechende Spezialsprechstunde (Spezialsprechstunde für Sexualmedizini) wurde am Universitätsspital Zürich im 2015 geschlossen.

In Anbetracht der prekären psychischen Gesundheitssituation der Gruppe der Sexarbeitenden gilt es diese Versorgungslücke unverzüglich zu schliessen. In Zusammenarbeit mit jenen stadtärztlichen, welche Sexarbeitende bereits heute somatisch betreuen, und in Kooperation mit den Stadtspitälern soll ein niederschwelliges Angebot kreiert werden, welche auf die spezifischen psychischen Problemen von Sexarbeitenden unter Berücksichtigung der dargestellten Gewalt- und Stigmatisierungsproblemen eingehen kann. In Anbetracht des hohen Mobilitätsgrads der Sexarbeitenden (siehe PGVO-Bericht) soll dieses neue Angebot nicht nur klassische Beratungs- und Behandlungsformen sondern auch digitale Therapiemöglichkeiten (z. B. via Skype) anbieten.

Antrag auf gemeinsame Behandlung mit der Weisung (GR Nr. 2018/269)



